

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

Agentur für Arbeit Wiesbaden, Klarenthaler Str. 34, Raum 716 (7. Stock)

Die Vorsitzende: Stv. Schuchalter-Eicke

Anwesende Ausschussmitglieder: siehe Anlage 1
Ferner anwesend: siehe Anlage 2
Tagesordnung: siehe Anlage 3
Veröffentlichung: siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:03 Uhr Ende: 20:25 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 46/19, 49/19, 50/19, 52/19, 53/19, 55/19, 56/19, 57/19)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung meldet sich zur Bürgerfragestunde zu Wort:

1) Frau Wagner fragt, wer ihr helfen kann. Sie ist selbstständig, seit ½ Jahr arbeitslos und kommt bei ihrem Versuch bei der Agentur für Arbeit einen Gründungszuschuss zu erhalten, nicht voran. Herr Spieker von der Agentur bietet sich an, ggfs. im Anschluss an die Sitzung die Unterlagen von Frau Wagner anzusehen.

Von den Ausschussmitgliedern wird darüber hinaus empfohlen, sofern Herr Spieker Frau Wagner nicht weiterhelfen kann, dass sie sich ggfs. an die Ausschussvorsitzende Stv. Schuchalter-Eicke oder an die kommunale Frauenbeauftragte wenden kann.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Nr. Nr.

2) Herr Leschnik (IG Bauen-Agrar-Umwelt) fragt zu dem Thema "Lohndumping bei Vergabe bei Aufträgen der Stadt", ob es mittlerweile gesicherte Zahlen des Magistrates zu dem Bauvolumen bei der Stadt Wiesbaden gibt. Zudem ob es etwas Neues zu einer eventuellen zusätzlichen Kontrollstelle bei der Stadt Wiesbaden gibt.

Stv. Schuchalter-Eicke berichtet, dass es Beschlusslage ist, das Thema "Schwarzarbeit" erst wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn ein Bericht des Magistrates vorliegt. Dies ist bisher nicht der Fall.

Stv. Pfeifer schlägt vor, unter Verschiedenes aufzunehmen, dass beim Magistrat nachgefragt wird, wann der Bericht vorgelegt wird (Sitzungsvorlage 19-V-23-0301 Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen). Dies wird durch den Ausschuss bestätigt.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Anwesenheit:

Stv. Becht ist nicht anwesend

Sty. Koch ist nicht anwesend

Stv. Michel ist nicht anwesend

Stv. Hagenmüller anwesend ab TOP I/1 (17:13 Uhr)

Stv. Dr. Völker anwesend ab TOP I/2 (17:27 Uhr)

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Tagesordnung vom 17.10.2019

Öffentliche Sitzung

Tagesordnung I

0089 Tagesordnung

Stv. Knauer stellt die Frage der Beschlussfähigkeit. Die Beschlussfähigkeit liegt vor.

Der Tagesordnungspunkt II/3 wird auf Antrag der Fraktion Linke&Piraten auf die Tagesordnung I umgesetzt und nach dem Tagesordnungspunkt II/6 beraten. Der Tagesordnungspunkt II/6 wird auf Antrag der Fraktion Linke&Piraten auf die Tagesordnung I umgesetzt und nach dem Tagesordnungspunkt II/9 beraten. Der Tagesordnungspunkt II/7 wird auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt und nach dem Tagesordnungspunkt II/6 beraten.

Die Tagesordnungspunkte I/8 und I/9 werden gemeinsam beraten.

Es erfolgt zuerst die Beschlussfassung zur Tagesordnung II (Punkte 1, 2, 4 und 5).

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

Beschl. Vo

Vorlagen

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Nr. Nr.

Die Beratungsreihenfolge danach ist wie folgt:

- Tagesordnungspunkte I/1 bis I/6
- Tagesordnungspunkt II/3
- Tagesordnungspunkte I/7 bis I/9
- Tagesordnungspunkt II/6
- Tagesordnungspunkt II/7
- Tagesordnungspunkt I/10

Zu den Tagesordnungspunkten I/6 und II/6 werden von der Fraktion Linke&Piraten Änderungsanträge vorgelegt.

Zu Tagesordnungspunkt II/7 wird von der Fraktion Linke&Piraten eine Protokollnotiz vorgelegt.

Einstimmig genehmigt

0090 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2019

Einstimmig genehmigt

0091 19-A-54-0006

Vorstellung der Agentur für Arbeit Wiesbaden durch Herrn Stephen Spieker - Geschäftsführer Operativ

Die Präsentation von Herrn Spieker wird zur Kenntnis genommen.

0092 19-A-54-0007

Vorstellung der Verbraucherzentrale Hessen e.V. - Beratungsstelle Wiesbaden

Die Präsentation von Frau Sahlmen-Ewen wird zur Kenntnis genommen.

Bereich Frauen:

0093 19-F-08-0077

Zuschussgewährung für pro familia im laufenden Jahr - Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 16.10.2019

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO Nr. Nr.

Stv. Hebenstreit stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanberatungen 2020/2021 zu überweisen.

Einstimmig angenommen

0094 19-F-08-0078

Umsetzung des "Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention)"

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 16.10.2019

Stv. Knauer beantragt, im vorletzten Absatz des Antrags die Wörter "Bund und" zu ergänzen (vom Bund und Land Hessen) und den letzten Absatz zu streichen.

Im Ausschuss wird vorgeschlagen, den letzten Absatz so zu ändern, dass der Magistrat gebeten wird, die Fragen bis zum Ende des 1. Quartals 2020 zu beantworten.

Einstimmig angenommen

0095 19-V-02-8009

Fachkräftepakt Hebammenausbildung 2020

Von der Fraktion Linke&Piraten wird ein Änderungsantrag vorgelegt.

Die Information von Herrn Hoffmann (Dezernat II), dass die Sitzungsvorlage mit dem Rechtsamt abgestimmt ist, wird zur Kenntnis genommen.

Stv. Hagenmüller schlägt vor, den Antrag von Linke&Piraten wie folgt zu ergänzen: " in Wiesbaden, für einen begrenzten Zeitraum, dessen maximale Dauer noch festzulegen ist, beruflich tätig zu werden".

Stv. Lohrmann schlägt vor, dem Vorschlag von Stv. Oschmann zu folgen und den Antrag um die Worte "im Einklang mit der gültigen Rechtsprechung" zu ergänzen. Dem wird nicht gefolgt.

Stv. Coigné stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzungsvorlage als eingebracht zu betrachten und auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Nachdem Herr Hoffmann (Dezernat II) darauf hinweist, dass es ein zeitliches Problem gibt, wenn die Sitzungsvorlage nicht am 31.10.2019 beschlossen wird, zieht Stv. Coigné den Antrag zurück.

Stv. Hebenstreit schlägt vor, einen Prüfauftrag zu ergänzen, ob den ausbildenden Hebammen während des Externats, eine Vergütung zur Verfügung gestellt werden kann.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO Nr. Nr.

Die Sitzungsvorlage, der geänderte Antrag von Linke&Piraten sowie der Prüfauftrag werden zur Abstimmung gestellt.

Einstimmig angenommen

0096 Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat

Entfällt

Die von der Tagesordnung II auf die Tagesordnung I umgesetzten Punkte II/6 und II/7 werden aus Zeitgründen vorgezogen und nach dem TOP I/7 beraten.

Bereich Wirtschaft:

Die Tagesordnungspunkte I/8 und I/9 (Beschlussnummern 0097 und 0098) werden gemeinsam beraten

0097 19-F-03-0022

Umwelt- und klimafreundlich feiern - Nachhaltigkeitskonzept für Wiesbadener Feste

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.09.2019
- Überweisungsbeschluss Nr. 380 der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2019
- Beschlussentwurf Nr. 155 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 15.10.2019

Stv. Hagenmüller weist darauf hin, dass in dem Antrag der CDU der Umweltdezernent beauftragt wird, hier aber ein Auftrag an den Magistrat richtig wäre.

Stv. Dr. Völker bestätigt dies, der Antrag wurde aber in dieser Form gestellt und kann nicht nachträglich geändert werden.

Die mündlichen Ausführungen von Herrn Fink (Ordnungsamt) und Herrn Heiliger (WICM) werden zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss bestätigt grundsätzlich den Vorschlag des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit eine Projektgruppe einzurichten und es werden einige Vorschläge unterbreitet, wer daran teilnehmen soll.

Stv. Hagenmüller beantragt, dass halbjährlich ein kurzer Sachstandsbericht gegeben werden soll.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

Beschl. Nr. Vorlagen

Nr.

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Die Fraktionen die bisher keine Teilnehmerinnen oder Teilnehmer benannt haben sollen dies bis Ende der folgenden Woche vornehmen.

Die Federführung für die Projektgruppe wird dem Magistrat (Dezernat II) übertragen.

Bei Enthaltung der AfD angenommen

0098 19-F-01-0014

Gemeinsam umwelt- und klimafreundlich feiern - Die Landeshauptstadt als Partnerin der Vereine und Verbände.

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.09.2019
- Überweisungsbeschluss Nr. 391 der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2019
- Beschlussentwurf Nr. 156 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 15.10.2019

Siehe Festlegungen unter Beschlussnummer 0097

Bei Enthaltung der AfD angenommen

0099 Verschiedenes

Kenntnisnahme

Tagesordnung II

0100 18-F-08-0056

Sachstandsbericht über den Einsatz von Leiharbeitskräften

- Bericht des Oberbürgermeisters vom 29.08.2019 -

Einstimmig angenommen

0101 19-V-01-0039

Troncmittel für den Bereich Frauen

Einstimmig angenommen

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

Beschl.

Vorlagen

Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Nr. Nr.

0102 19-V-11-0002

Maßnahmen zur aufwandgerechten gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabenwahrnehmung der Frauenbeauftragten nach § 17 Hess. Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Dienststelle Stadtverwaltung Wiesbaden

Die mündlichen Ausführungen von Frau Arnet und Frau Siemonsen (beide 11-F) werden zur Kenntnis genommen

Da der Magistrat die Sitzungsvorlage nur in die Haushaltsplanberatungen 2020/2021 überwiesen hat schlägt Stv. Schuchalter-Eicke vor, dass der Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung der Sitzungsvorlage zustimmt und die Beschlussempfehlung abgibt, dass der Sitzungsvorlage in den Haushaltsplanberatungen zugestimmt wird.

Einstimmig angenommen

0103 19-V-20-0040

Investitionscontrolling 2019 zum Stichtag 01.08.2019

Einstimmig angenommen

0104 19-V-31-0009

Geschäftsbericht Präventionsrat der Landeshauptstadt Wiesbaden 2018

Einstimmig angenommen

0105 19-V-51-0041

Erhöhung der Ausbildungsvergütungen in der WJW

Von der Fraktion Linke&Piraten wird ein Änderungsantrag vorgelegt.

Der Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 22.10.2019 wird als eingebracht betrachtet und wird zusammen mit der Sitzungsvorlage in die gemeinsame Sitzung des Beteiligungsausschusses mit dem Haupt- und Finanzausschuss am 23.10.2019 überwiesen.

Bei Enthaltung Stv. Hebenstreit angenommen

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

Vorlagen Beschl. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO Nr. Nr. 0106 19-V-66-0301 Einfahrtssperranlagen für die Fußgängerzone und Veranstaltungsflächen, Bericht und Darstellung von Alternativen; Beschluss des Magistrates Nr. 0596 vom 12.09.2017 Von der Fraktion Linke&Piraten wird folgende Protokollnotiz vorgelegt: Die Fraktion L&P stimmt mit NEIN zu TOP 7. Stv. Dr. Völker gibt für die CDU-Fraktion mündlich zu Protokoll, dass sie der Sitzungsvorlage / dem Bericht zustimmen werden, dass es aber aus Sicht der CDU nicht ausreichend ist, das Verkehrsaufkommen (LKW- und sonstigen Verkehr) in der Fußgängerzone zu verringern, sondern der Schutz vor Amokfahrten durch Einfahrtssperranlagen in der Fußgängerzone weiterhin verfolgt werden sollte. Frau Pahl (Tiefbauamt) weist darauf hin, dass am 5.12.2019 die Auftaktveranstaltung zu DIDI-L bzw. zur Urbanen Logistik stattfindet zu der alle interessierten Stadtverordnete eingeladen sind. Eine Einladung wird noch an die Fraktionen gehen. Gegen Linke&Piraten angenommen Anlagen Wiesbaden, 18.11.2019 Schriftführer Vorsitzender

Morbe

Schuchalter-Eicke